



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss



Ungarischer Wirtschafts- und Sozialrat

*GEMEINSAME KONFERENZ DES
EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSSES UND DES
UNGARISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRATS*

***Bessere Einbeziehung der Mitgliedstaaten in die Lissabon-Strategie:
Ist die organisierte Zivilgesellschaft ausreichend beteiligt?***

Budapest, 9./10. März 2006

Abschlusssitzung

*Vorlage von Empfehlungen an die EU-Institutionen
durch*

Anne-Marie SIGMUND

Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Aus den sehr reichen Beiträgen und Diskussionen unserer Konferenz in Budapest möchte ich als Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses einige mir besonders wichtige Schlussfolgerungen ziehen, die wir mit Ihrer Zustimmung an die politisch Verantwortlichen in der Europäischen Union weiterleiten werden.

Es handelt sich um die folgenden 10 Punkte:

1. Alle Institutionen der Europäischen Union müssen die Lissabon-Strategie als das darstellen, was sie letztlich ist: nämlich als ein entscheidendes Projekt für die Zukunft der europäischen Gesellschaft.
2. Alle Institutionen der EU müssen dieses Zukunftsprojekt Europa allen Bürgern so vermitteln, dass sie es auch verstehen können, sich damit identifizieren können und sich überzeugt dahinter stellen können.
3. Dazu müssen die Institutionen der EU in erster Linie zu einer einfacheren und besser verständlichen Sprache finden, um mit Worten, Vergleichen und Symbolen zu kommunizieren, die den Bürger ansprechen, ihn die Botschaft verstehen lassen und zum Dialog auffordern.
4. Die Institutionen der EU sollten ganz entschieden und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit die Kenntnisse, das Potenzial und das Engagement der organisierten Zivilgesellschaft bei der weiteren Konkretisierung und Umsetzung der Lissabon-Strategie nutzen - und dies auf allen Ebenen.
5. Die strukturelle, strategische und insbesondere auch die ökonomische Bedeutung der großen Sektoren der organisierten Zivilgesellschaft muss voll anerkannt und auch dokumentiert werden, um darauf beruhend diesem Bereich insgesamt eine angemessene politische Rolle zukommen zu lassen.
6. Die Institutionen der EU müssen sich dem Druck von Partikularinteressen bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie entschieden widersetzen und die Balance der Pfeiler dieser Strategie im Sinne des gesellschaftlichen Gesamtwohls wahren.
7. Die "Offene Methode der Koordinierung" sollte bei der Implementierung der Lissabon-Strategie eine gewichtigere Rolle einnehmen. Dabei ist es unverzichtbare Bedingung, dass insbesondere die betroffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Parlamente und die regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften viel stärker einbezogen werden.
8. Die Institutionen der EU müssen bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie entschieden deutlicheren politischen Willen und politische Führungskraft zeigen. Dazu gehört, dass sie sich einer kohärenten Kommunikationsstrategie zur Unterstützung einer Vielzahl von Multiplikatoren in Schlüsselpositionen bedienen.

9. Zu diesen wichtigen Multiplikatoren zählen in erster Linie die Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie der Wirtschafts- und Sozialräte in den Mitgliedstaaten der Union. Ferner gehören dazu die Verantwortlichen in den sonstigen zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen des EWSA, wie etwa die europäischen NGO-Netzwerke mit ihren nationalen und lokalen Strukturen.
10. Die Institutionen der EU dürfen die Lissabon-Strategie nicht als ein zeitlich limitiertes Projekt behandeln, sondern müssen sie als einen dauerhaften Prozess des europäischen Gestaltungswerks vermitteln. Dazu gehört insbesondere auch, dass die Instrumente der Umsetzung ständig kritisch bewertet und den neuen Bedingungen entsprechend angepasst werden. Dies hat im Dialog und in Partnerschaft mit der organisierten Zivilgesellschaft zu erfolgen.

Nota Bene: Diese Empfehlungen wurden von den Teilnehmern an der Konferenz in der Abschlussitzung einhellig begrüßt und nachdrücklich unterstützt.
